



Sportausschuss

6. Sitzung (öffentlich)

14. März 2023

Düsseldorf – Haus des Landtags

15:32 Uhr bis 17:16 Uhr

Vorsitz: Bernhard Hoppe-Biermeyer (CDU)

Protokoll: Steffen Exner

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

1 Nordrhein-Westfalen braucht einen Lehrstuhl für Schwimmbadarchitektur unter besonderer Berücksichtigung von Planung und Innovation kommunaler Bedarfe

5

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 18/1678

– abschließende Beratung und Abstimmung

– Wortbeiträge

Der Antrag wird mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD abgelehnt.

- 2** **Aktueller Stand Schwimmcontainer** (*Bericht beantragt durch die Fraktion der FDP [s. Anlage 1]*) **6**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/938
- mündlicher Bericht der Landesregierung
 - Wortbeiträge
- 3** **Sachstand des Wiederaufbaus der Sportanlagen im Flutgebiet** (*Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 2]*) **10**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/981
- keine Wortbeiträge
- 4** **Kürzungen im Bereich Sportstätten im ländlichen Raum** (*Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 3]*) **11**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/974
- Wortbeiträge
- 5** **Auszahlungsmodalitäten des Sondervermögens zur Bewältigung der Energiekrise im Sport** (*Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 4]*) **17**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/942
- Wortbeiträge

6 Sachstand Vorwürfe Kinderpornographie im Sportinternat Dormagen-Knechtsteden (*Bericht beantragt durch die Fraktion der SPD [s. Anlage 5]*) **18**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/957

– Wortbeiträge

7 Zielvereinbarung 2023 bis 2027 (*Bericht auf Wunsch der Landesregierung*) **19**

Vorlage 18/982

– mündlicher Bericht der Landesregierung und des Landes-
sportbundes Nordrhein-Westfalen

– Wortbeiträge

8 Verschiedenes **24**

– keine Wortbeiträge

* * *

1 Nordrhein-Westfalen braucht einen Lehrstuhl für Schwimmbadarchitektur unter besonderer Berücksichtigung von Planung und Innovation kommunaler Bedarfe

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 18/1678

– abschließende Beratung und Abstimmung

(Überweisung an den Sportausschuss – federführend –, an den Wissenschaftsausschuss sowie an den Ausschuss für Bauen, Wohnen und Digitalisierung am 23. November 2022)

Vorsitzender Bernhard Hoppe-Biermeyer informiert über die Ablehnung des Antrags durch die mitberatenden Ausschüsse.

Schwimmbäder stellen für die Kommunen einen wichtigen Standortfaktor dar, so **Dr. Martin Vincentz (AfD)**. Menschen hielten sich dort gerne auf, lernten, zu schwimmen, und besuchten Gesundheitskurse. Gleichzeitig seien die Bäder ein immenser Kostenfaktor.

In Nordrhein-Westfalen gebe es keinen einzigen Lehrstuhl für Schwimmbadarchitektur, sodass Architekten sich allenfalls nebenher Wissen bezüglich der mit Bädern verbundenen energetischen und Freizeitaspekte aneigneten. Die AfD sehe hier Nachholbedarf.

Der Antrag wird mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD abgelehnt.

2 **Aktueller Stand Schwimmcontainer** *(Bericht beantragt durch die Fraktion der FDP [s. Anlage 1])*

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/938

Der Modellversuch mit Schwimmcontainern werde voraussichtlich nur ein Tropfen auf dem heißen Stein sein, meint **Christof Rasche (FDP)**, da die Infrastruktur für das Schwimmen insgesamt viel zu wenig ausgebaut sei. Dieses Problem lasse sich nicht innerhalb einer Legislaturperiode lösen. Er vertrete daher die Auffassung, dass neben dem Modellversuch weitere Lösungsansätze verfolgt werden müssten, und bitte diesbezüglich um eine Einschätzung der Staatssekretärin.

Kirsten Stich (SPD) fragt, wie genau die mithilfe der Schwimmcontainer durchgeführten Kurse geplant würden. Laut Bericht könnten sie durch sechs Kinder belegt werden, und sie frage sich, ob ein Kurs die gesamten vier Wochen, die ein Container an einem Standort bleibe, in Anspruch nehme.

Des Weiteren heiße es im Bericht, dass die Kurse in den Schwimmcontainern der Wassergewöhnung und -bewältigung dienten. Es bleibe offen, wie sich der Anschluss daran gestalte. Es helfe nicht weiter, wenn die Kinder sich beispielsweise im Mai an das Wasser gewöhnten und erst im Dezember einen durch die DLRG durchgeführten Schwimmkurs besuchten.

StS'in Andrea Milz (Staatskanzlei) führt zum aktuellen Sachstand wie folgt aus:

Die Fraktionen haben uns durch einen Fraktionsantrag Mittel im Haushalt zur Verfügung gestellt. Nachdem der Antrag beschlossen wurde, haben wir direkt am 22. Dezember erstmals die Zielgruppe der Kreis- und Stadtsportbünde informiert. Seit dem 22. Dezember ist also bekannt, dass wir fünf Projektpartner suchen – einen pro Regierungsbezirk –, die für uns die örtlichen Schwimmangebote koordinieren. Dafür erhalten sie für zwei Jahre das Geld von der Landesregierung.

Diese fünf Partner stehen noch nicht fest, sondern wir werden morgen den Projektaufruf veröffentlichen. Übermorgen, also am 16. März, gibt es dann auch noch eine Videoschleife. Bisher haben sich schon viele informell bei uns gemeldet, aber sie konnten sich noch nicht bewerben. Sie haben sich nur bei uns gemeldet und ihr Interesse bekundet. Möglicherweise bewerben sie sich auch nicht oder es kommen weitere Interessenten hinzu. Das wissen wir noch nicht.

Es wird dann eine kurze Frist bis Ende März gesetzt. Die Interessierten beschäftigen sich aber, wie gesagt, seit dem 22. Dezember mit dem Thema. Wir werden über die eingehenden Bewerbungen entscheiden, und wir hoffen, dass wir mit den jeweils fünf Erstplatzierten aus den Regierungsbezirken ans Ziel kommen. Natürlich kann immer auch noch jemand abspringen, wir hoffen aber, dass das nicht der Fall ist.

Helfen wird den Leuten, durch die Projektbeschreibung zu wissen, was genau in den zwei Jahren bezahlt wird. Der Projektkoordinator wird alles vor Ort koordinieren müssen, zum Beispiel, wenn die Container den Standort wechseln und auf Reisen sind. Das alles wird von einer Vollzeitkraft koordiniert. Auch in der Staatskanzlei wird es einen Koordinator geben, sozusagen als Dach über diesen fünf Partnern in den Bezirksregierungen.

Wir hoffen einfach, dass zu unterschiedlichen Zeiten in jedem Regierungsbezirk ein Container auf die Straße kommt. Wir halten niemanden auf, der schnell bereit ist, nehmen aber auch Rücksicht auf diejenigen, die vielleicht zwei Wochen länger brauchen. Wir geben auch nicht vor, wo der Container gekauft wird; auch das entscheiden die Partner selbst. Wir geben fünf Förderbescheide heraus, und ich bestimme nicht, mit wem gearbeitet wird, sondern die Container, die natürlich bestimmte Bedingungen erfüllen müssen, werden von den Fördergeldern gekauft.

Damit komme ich zur ersten Frage von Frau Stich danach, wie lange so ein Kurs dauert. Wir haben inzwischen festgestellt, dass es Zugmaschinen gibt, die diese bis zu 15 m langen Container bewegen und transportieren können. Bei einer Mindestlänge von 12 m könnten in der Tat sechs Kinder an einem Kurs teilnehmen, wenn aber Container gekauft werden, die 14 m lang sind, dann ist automatisch auch die Schwimmfläche größer, und entsprechend den DIN-Normen kann das eine oder andere Kind mehr hinzugenommen werden.

In Baden-Württemberg hat die Josef Wund Stiftung Erfahrungswerte mit Schwimmcontainern. Da macht es nicht das Land. Die Erfahrungen zeigen dort, dass es bei einem Kurs, der auf anderthalb Stunden angelegt ist, die reine Wasserzeit 45 Minuten beträgt, während die zweite Hälfte für das Ankommen und Abreisen, Umkleiden etc. benötigt wird. Das ist alles in den anderthalb Stunden enthalten. Uns schwebt natürlich nicht ein Kurs am Tag, sondern eine Vollauslastung vor. Die Container sind dafür geeignet, rund um die Uhr betrieben zu werden.

Vor Ort hängt es dann von den Kapazitäten ab, also davon, wie viele Schwimmtrainer*innen eingestellt werden etc. Auch das bezahlen wir natürlich. Aber es gibt ja verschiedene Möglichkeiten, wie Schwimmtrainer*innen eingesetzt werden. Wird es über Übungsleiter*innen gemacht oder über festes Personal vom Schwimmverband? Sind es jeweils Stundenkräfte? Jeder entscheidet vor Ort, wie es gemacht werden soll. Wir geben nichts vor – außer, dass nicht zu Dumping-Löhnen bezahlt wird. All diese organisatorischen Fragen, auch die Auslastung betreffend, entscheiden sich vor Ort. Es mag also durchaus sein, dass es in Baden-Württemberg einen Container gibt, in dem täglich sieben Kurse laufen. Das kann man, wenn man will, an sieben Tage in der Woche machen. Für uns ist aber klar: Es soll nicht von 9:00 Uhr bis 17:00 Uhr an fünf Tagen in der Woche sein, und dann geht jeder ins Wochenende, sondern das, was an Bedarfen vorhanden ist – auch das entscheidet sich vor Ort –, wird gemacht.

Sie haben dann gefragt, wann die Kinder Schwimmen lernen. Schön wäre es in der Tat, wenn den Kindern hinterher direkt ein Schwimmangebot in Ergänzung zu den Vorleistungen gemacht würde. Denn die Stufen, die in einem Schwimmcontainer erlernt werden können, gehören quasi schon als Teil zur Schwimmausbildung, führen

aber in der Regel – außer in einem großen Container – nicht dazu, dass auch die Prüfung abgelegt wird. Das haben wir auch nie behauptet. Wichtig wäre, es vor Ort so zu koordinieren, dass man sicherstellt, dass da, wo die Wassergewöhnung und weitere Lernstufen absolviert wurden, im Anschluss eine Ausbildung mit einem Zertifikat stattfinden kann, die um die Teile verkürzt ist, die schon in dem Schwimmcontainer stattgefunden haben.

Das Ganze geht jetzt in die Konkretisierungsphase, und wir hoffen, dass wir bis Ende März aus den Reihen der Kreis- und Stadtsportbünde diejenigen finden, mit denen wir versuchen werden, in den fünf Regierungsbezirken ans Ziel zu kommen.

Hartmut Ganzke (SPD) möchte wissen, wie viele Schwimmcontainer schon bereit ständen und wann voraussichtlich die ersten Kurse begännen, und **Tülay Durdu (SPD)** fragt, ob es ein Konzept dazu gebe, wo die Schwimmcontainer aufgestellt werden sollten.

Christof Rasche (FDP) fragt, wie weit die Planungen über das Pilotprojekt hinaus reichten und ob es bereits Pläne sowie Schätzungen zum Finanzbedarf gebe, noch in dieser Legislaturperiode alle Kommunen oder Landkreise mit Schwimmcontainern auszustatten. Auch die Zeit nach dem Pilotprojekt müsse bedacht werden.

Aus den Nachfragen höre er etwas Skepsis heraus, so **Jens-Peter Nettekoven (CDU)**, und er könne dies auch nachvollziehen. Vor der Inaugenscheinnahme von Schwimmcontainern in London in der vergangenen Legislaturperiode sei auch er skeptisch gewesen. Nun habe seine Tochter zwar nicht in einem Container, aber in einem vergleichbaren Becken Schwimmen gelernt. Nun freue er sich sehr auf die Schwimmcontainer. Sie böten eine große Chance, um Kinder über die Wassergewöhnung an das Schwimmen heranzuführen. Die Erfahrungen aus London und Baden-Württemberg zeigten, dass dies funktioniere.

Hedwig Tarner (GRÜNE) stimmt ihrem Vorredner zu. Auch sie habe zunächst angesichts der Größe der Container Zweifel gehabt. Sie habe jetzt aber Kinder gesehen, die in diesen Schwimmbecken lernten, mit dem Wasser umzugehen, und halte die Schwimmcontainer für eine gute Idee. Fünf Container seien natürlich noch nicht viel, aber so werde ein erster Schritt gemacht, um Kindern trotz der begrenzten Wasserflächen in Nordrhein-Westfalen das Schwimmenlernen zu ermöglichen.

StS'in Andrea Milz (Staatskanzlei) antwortet zunächst auf die Frage des Abgeordneten Ganzke, dass bislang noch keine Container bereitstehen könnten. Zunächst würden über den Projektauftrag fünf Partner gefunden, und diese bestellen die Container nach Erhalt des Förderbescheids selbst. Die Container müssten dann den für das Schwimmen relevanten DIN-Normen entsprechend gestaltet und mit der nötigen Technik ausgestattet werden, es müssten Versicherungsfragen geklärt werden etc.

Wo die Container an den Start gingen, sei aus denselben Gründen offen. In der Regel sollten sie dann für vier bis sechs Wochen an einem Ort sein. Ganz zu Beginn, wenn erste Erfahrungen gesammelt würden, seien es sechs Wochen, danach hänge es von

der Größe und den Planungen der jeweiligen Kommune ab. In den fünf Regierungsbezirken werde es einen Plan geben, wann der Container wohin gebracht werde. Dies erfordere einige Abwägungen, da es zunächst nur einen einzigen Container pro Regierungsbezirk geben werde. Dies geschehe ebenfalls vor Ort.

Nach der zweijährigen Förderphase verblieben die Schwimmcontainer bei den jeweiligen Projektpartnern. Es gelte die Vorgabe, dass diese sie weiterhin für das Schwimmen einsetzten. Hinsichtlich der Lebensdauer der Container fehlten aber naturgemäß noch Erfahrungswerte.

Hartmut Ganzke (SPD) fragt, ob den Projektträgern alle mit dem Projekt verbundenen Kosten vom Projektmanager über Versicherungsleistungen bis hin zu Transport- und Bewachungskosten erstattet würden. – **StS'in Andrea Milz (Staatskanzlei)** bestätigt dies.

Christof Rasche (FDP) präzisiert seine vorherige Frage nach der Zeit nach der Projektphase dahin gehend, dass es ihm besonders darum gehe, ob bereits die Anschaffung einer gewissen Anzahl zusätzlicher Container geplant werde und was dies koste. Ein Pilotprojekt sei schließlich nur sinnvoll, wenn es Pläne gebe, es bei Erfolg auszuweiten.

StS'in Andrea Milz (Staatskanzlei) antwortet, die durch Landtagsbeschluss zur Verfügung gestellten 3 Millionen Euro basierten auf einer Kostenschätzung, die weiterhin als auskömmlich angesehen werde.

Was die Zeit nach der Pilotphase betreffe, sei jetzt noch nicht bekannt, ob das Projekt erfolgreich verlaufe, auch wenn sie natürlich davon ausgehe. Es gelte, daraus zu lernen, und dann liege es in der Hand des Haushaltsgesetzgebers, weitere Mittel zuzubilligen.

Bezüglich der Auswahl der Standorte interessiert **Anna Kavena (SPD)**, ob es bereits ein Konzept gebe, welches eine gerechte Verteilung auf die Kommunen in den fünf Regierungsbezirken regle. Sicherlich würden sich zahlreiche Kommunen bewerben, und es fehle noch ein Maßstab, nach welchem bei der Auswahl der Standorte entschieden werde.

Auch in der Frage der Standortwahl gebe es erste Erfahrungswerte aus Baden-Württemberg, so **StS'in Andrea Milz (Staatskanzlei)**. Dort seien bereits 80 Anfragen eingegangen, und dennoch werde der Container für 100 Tage an einen Ort geschickt, da es dort keine Bäder oder andere Schwimmflächen gebe. Ähnliches werde sicherlich auch in Nordrhein-Westfalen geschehen. Bei 396 Kommunen könnten nicht alle innerhalb von zwei Jahren zum Zug kommen, wenn der Container jeweils für vier bis sechs Wochen an einem Ort verbleibe. Auch könnten nicht alle den Container zum Beispiel in den Ferienzeiten haben. Es sei Aufgabe der Projektkoordinatoren in den Regierungsbezirken und in der Staatskanzlei, mit den Kommunen über die Zeiträume zu verhandeln. Manchmal müsse vielleicht auch per Los entschieden werden.

3 Sachstand des Wiederaufbaus der Sportanlagen im Flutgebiet (*Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 2]*)

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/981

– keine Wortbeiträge

4 Kürzungen im Bereich Sportstätten im ländlichen Raum *(Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 3])*

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/974

Im Bericht heiÙe es, die Überarbeitung der Förderrichtlinie zum ländlichen Raum begründe sich in den neuen Ressortzuschnitten und dem Abbau von Doppelstrukturen, so **Tülay Durdu (SPD)**. Das Programm „Moderne Sportstätte“, welches als Beispiel für Doppelstrukturen angeführt werde, ruhe momentan allerdings und solle zunächst evaluiert werden. Doppelstrukturen könne es in dieser Hinsicht daher nicht geben. Dadurch entstehe der Eindruck, dass Kürzungen mit Verweis auf ein Förderprogramm erfolgen sollten, das frühestens im Jahr 2024 fortgeführt werde. Neben einer Erläuterung dieses Sachverhalts interessiere sie auch, um welche weiteren Doppelstrukturen es gehe oder ob sich diese Aussage auf das Programm „Moderne Sportstätte“ beschränke.

RD Jens Niermann (MLV) antwortet, die Überarbeitung der Richtlinie sei in der Tat auf die Zusammenführung von Strukturen zurückzuführen. So ressortiere die Dorferneuerung nun nicht mehr im MHKBD, sondern im MLV, wo es mit der Strukturentwicklung ländlicher Räume bereits ein Förderprogramm mit ähnlicher Zielrichtung gegeben habe.

In der Strukturentwicklungsförderung seien in den vergangenen Jahren rund zwei Drittel der veranschlagten Mittel Sportstätten zugutegekommen, allerdings gebe es dort vielfältige weitere Probleme. Um die Förderprogramme voneinander abzugrenzen, sollten nun große, DIN-gerechte Sportstätten, die nicht für jedermann frei zugänglich seien und rein dem Sport dienten, nicht mehr in der Förderrichtlinie „Strukturentwicklung des ländlichen Raums“ berücksichtigt werden. Für die Förderung derartiger Projekte werde auf einschlägige Programme in den zuständigen Ressorts verwiesen. Kleine Bewegungsflächen, die der Dorfgemeinschaft zur Verfügung ständen und der Freizeitgestaltung dienten – gerade für Kinder und Jugendliche –, könnten weiterhin über die Richtlinie „Strukturentwicklung“ gefördert werden.

Christof Rasche (FDP) vertritt die Auffassung, wenn zwei Drittel der Mittel in einem Strukturprogramm für den Sport verausgabt würden, gebe dies Auskunft über den großen Bedarf. Er halte es für einen großen Widerspruch, ein Programm, das einen derartigen Bedarf aufzeige, einzustellen, ohne ein neues Programm bereitzustellen, in welchem die nötigen Beträge veranschlagt würden. Da nur noch kleine Maßnahmen gefördert werden sollten, interpretiere er es so, dass gespart werden solle. Auch das Kriterium der freien Zugänglichkeit könne er nicht nachvollziehen, da einige Sporteinrichtungen von mehreren Vereinen sowie Schulen etc. genutzt würden.

RD Jens Niermann (MLV) erläutert, das Programm „Dorferneuerung“ sei in diesem Jahr von einem Volumen von 50 Millionen Euro auf 28 Millionen Euro gekürzt worden.

In der Tat müssten dann Prioritäten gesetzt werden. Um die ländlichen Räume hinsichtlich der zahlreichen weiteren Herausforderungen zu versorgen, konzentriere man sich beim Sport nun auf das, was wirklich allen zugänglich sei.

StS'in Andrea Milz (Staatskanzlei) ergänzt, es stehe noch nicht fest, wie es mit dem Programm „Moderne Sportstätten“ weitergehe. Dies hänge auch vom Haushaltsverfahren ab.

Momentan würden noch immer Gelder aus dem Förderaufruf I für den Indoor-Sport zugewiesen, da den Sportbünden und Vereinen gestattet werde, einmal bewilligte, aber nicht verausgabte Gelder neu zu priorisieren. Noch immer werde also, wenn auch in kleinerem Umfang als im vergangenen Jahr, fast in jeder Woche Geld im Rahmen von „Moderne Sportstätte“ ausgegeben.

Der Programmaufruf II mit pauschal 500.000 Euro pro Kreis und kreisfreier Stadt für den Outdoor-Sport sei ebenfalls noch lange nicht abgeschlossen. Ein Drittel aller Sportbünde habe noch nicht einmal die Anträge gestellt. Noch am heutigen Tage seien die Gelder für Herford und Höxter bewilligt worden.

Tülay Durdu (SPD) rekapituliert, ihrer Erinnerung nach könnten seit dem 31. Dezember 2022 keine neuen Anträge mehr für „Moderne Sportstätte“ gestellt werden, die Auszahlungen würden im Laufe des Jahres 2023 ausgeführt, und dann folge eine Evaluierung, um prüfen, was mit dem Restbudget getan werden könne.

Sie fragt gerichtet an das MLV, ob sie es richtig verstanden habe, dass der Sport in der Priorisierung herabgestuft werden sei, weshalb in diesem Bereich nun gekürzt werde.

StS'in Andrea Milz (Staatskanzlei) präzisiert, Anträge könnten noch bis Mitte 2024 gestellt werden, da während der Coronazeit viele Maßnahmen nicht möglich gewesen seien. Die Abgeordneten erführen an jedem Dienstag in einem Brief, welche neuen Maßnahmen genehmigt würden. Dies werde fortgesetzt, bis alle einmal bewilligten Mittel verausgabt seien.

Bodo Löttgen (CDU) wundert sich über die Bezeichnung „frei zugängliche Sportstätte“ und fragt, ob dies bedeute, dass die Sportstätte nicht im Eigentum eines Sportvereins sein dürfe bzw. wie genau sich die Eigentumsverhältnisse gestalten. Er wisse nicht, was er sich darunter vorstellen müsse und welche Sportarten an solchen Orten ausgeübt würden.

RD Jens Niermann (MLV) macht geltend, das MLV zeichne für den ländlichen Raum in Gänze verantwortlich und müsse daher die Bedarfe in den Dorfgemeinschaften abwägen. So würden nicht nur im Sportausschuss Bedarfe angemeldet, sondern zum Beispiel auch im AULNV für Feuerwehrhäuser.

Nicht der gesamte Sport sei aus der Förderung genommen worden, sondern es solle um Dinge gehen, die der kostenlosen Freizeitgestaltung dienten und nicht eine Vereinszugehörigkeit erforderten – anders als zum Beispiel der Sport in einem Tennis-

verein. Es gelte, die Bereiche, die im MLV gut fachlich eingeschätzt werden könnten und einen solchen Fokus hätten, Stück für Stück von den anderen Förderbereichen abzugrenzen. Er halte es grundsätzlich für sinnvoll, dass darüber hinaus nicht mehrere Ressorts unterschiedliche Förderbedingungen für den Sport setzten, sondern vieles an einer Stelle im zuständigen Ressort gebündelt werde.

Bodo Löttgen (CDU) fasst die Ausführungen so auf, dass Sportvereine nicht Inhaber der frei zugänglichen Freizeiteinrichtungen sein dürften, Dorfvereine aber schon. Dies erachte er als Widerspruch; denn nur wenige Freizeiteinrichtungen würden nicht von Vereinen bewirtschaftet. Er bitte erneut um Präzisierung, wer als Zuwendungsempfänger infrage komme.

Christof Rasche (FDP) fragt, ob sich der von Jens Niermann angesprochene Anteil des Sports von zwei Dritteln an den bisherigen Strukturmitteln auf den Gesamtbetrag von im vergangenen Jahr 50 Millionen Euro beziehe.

RD Jens Niermann (MLV) antwortet, die Trägerschaft hänge nicht von der Art des Vereins ab, sondern von der Nutzung. Jeder Sportverein könne auch Träger kleinerer Maßnahmen sein, zum Beispiel eines kleinen Soccerfeldes. So etwas sei im Rahmen dieser Förderung immer noch möglich, nicht aber ein großer Sportplatz. Mit größeren Maßnahmen würde dem mit begrenzten Mitteln ausgestatteten Förderprogramm viel Geld entnommen werden.

Die angesprochenen zwei Drittel bezögen sich auf die Strukturentwicklung ländlicher Räume, für die in den vergangenen vier Jahren insgesamt 31 Millionen Euro, also ca. 8 Millionen Euro pro Jahr, zur Verfügung gestanden hätten. Davon seien ca. 22 Millionen Euro an die Sportstättenförderung geflossen.

Dass gekürzt werden müsse, liege in der Verantwortung des Haushaltsgesetzgebers und damit der Koalition, bemerkt **Christof Rasche (FDP)**. An den im Haushalt zur Verfügung gestellten Summen erkenne man, welche Priorität der Sport habe.

Kirsten Stich (SPD) erkundigt sich, ob die Anträge tatsächlich nur bis zum 31. Dezember 2022 hätten gestellt werden können; denn auf der Webseite des Ministeriums heiße es, die Verwendungsnachweise müssten spätestens bis zum 31. März 2024 bei der NRW.BANK eingereicht werden.

Anträge könnten nur dann noch gestellt werden, wenn Restmittel bereits bewilligter Summen zur Verteilung ständen, erläutert **StS'in Andrea Milz (Staatskanzlei)**. Der Großteil der Anträge sei wie zu Beginn des Programms im Jahr 2018 geplant bis zum 31. Dezember 2022 gestellt worden, die Sportbünde könnten aber, wenn ursprünglich geplante Projekte in Vereinen nicht umgesetzt würden, neu priorisieren und das Geld für andere Projekte verwenden. Dies könne in etwa bis Mitte 2024 geschehen. Schon vor Corona sei auch klar gewesen, dass die Nachweise und die Endabrechnung bei der NRW.BANK nicht zum 31. Dezember 2022 abgeschlossen sein könnten.

Hinzu komme, dass der zweite Programmaufruf – pauschal 500.000 Euro für den Outdoor-Sport – erst vor etwa eineinhalb Jahren ergangen sei. Auch das hätte nicht bis zum 31. Dezember abgeschlossen sein können, da die Kreissportbünde Einigkeit mit den Stadtsportverbänden und Vereinen erzielen müssten. Daher sei man den Vereinen und Sportbünden entgegengekommen. Der Sport lebe nun einmal weitgehend vom Ehrenamt, und niemand habe erwartet, dass diese riesige Summe – ein Programm im Umfang von 300 Millionen Euro habe es in dieser Form nie zuvor gegeben – auf Knopfdruck verbaut werden könne.

Jens-Peter Nettekoven (CDU) findet es ebenfalls merkwürdig, dass ein Programm, in dem zwei Drittel für den Sport aufgewendet würden, gerade in der Sportförderung gekürzt werde bzw. auf die Verwendung kleinsten Mitteln reduziert werde. Es widerspreche sich außerdem, dass einerseits frei zugängliche Sportflächen gefördert werden sollten, aber nicht, wie ausgeführt, ein Sportplatz. Ihn interessiere die Argumentation dazu, ob ein Sportplatz für etwa 500.000 Euro in einer Kommune, die dafür Bedarf sehe, gebaut werden könne.

Da außerdem im Bund das Sportstätteninvestitionsprogramm entgegen vorheriger Zusage vorzeitig gekürzt worden sei, plädiere er für eine Bundesratsinitiative, in der NRW für den Sport ein Zeichen setze und für das verloren gegangene Geld kämpfe.

Tülay Durdu (SPD) kritisiert, dass es im Bericht lediglich heiße, es würden Doppelstrukturen zusammengeführt, damit Mittel gezielter gesteuert werden könnten. Nun erfahre sie in der Diskussion, dass Mittel gekürzt würden, dass die Zeit für Verwendungsnachweise verlängert werde und dass weiterhin Geld zugewiesen werde, weil das Verfahren noch laufe. Grundsätzlich wisse sie – auch ohne die Mitteilungen jeden Dienstag –, dass im Nachgang noch Geld fließe, da bis Ende 2022 eingegangene Anträge erst bewilligt und dann ausgezahlt werden müssten, aber viele der Informationen seien zuvor nirgends klar ersichtlich gewesen.

Sie begrüße es, dass Sportvereine und Sportstätten weiterhin unterstützt würden, allerdings verstehe sie noch immer nicht, weshalb, wenn doch alles weiterlaufe, die Doppelstruktur zusammengefasst werde.

StS'in Andrea Milz (Staatskanzlei) betont, in der postalischen Mitteilung am Dienstag jeder Woche werde seit drei Jahren lückenlos aufgeführt, welche Förderung an welchen Verein oder Kreis- bzw. Stadtsportbund gehe. Sie glaube nicht, dass sie jeden Dienstag schreiben müsse, dass insgesamt 300 Millionen Euro für den Ausbau von Sportstätten zur Verfügung ständen. Falls diese Informationen nicht mehr gewünscht seien, bitte sie um Mitteilung.

Die Verlängerung begründe sich vor allem durch Corona. Sie bedeute nicht, dass mehr als diese 300 Millionen Euro zur Verfügung ständen, sondern man habe es den Vereinen schlicht nicht zumuten können, nach monate- oder sogar jahrelangem Stillstand alle Gelder bis zum 31. Dezember 2022 zu beantragen. Immer dann, wenn Gelder an die Sportbünde – nicht an die Staatskanzlei – zurückflössen, weil Projekte beispielsweise aufgrund gestiegener Baukosten nicht umgesetzt würden, könnten sie neuen

Projekten auf den Wartelisten zugewiesen werden. Ohne eine Verlängerung des Zeitraums hätten diese Gelder für den Landeshaushalt zurückgefordert werden müssen, so könnten die 300 Millionen Euro tatsächlich vollständig den Vereinen zugutekommen. Bis auf die Ausweitung des Zeitraums, in dem die Mittel neu zugewiesen werden könnten, habe es keine Veränderung gegeben.

Im Rahmen des Programms „Strukturentwicklung ländlicher Räume“ betrage der Förderhöchstsatz 250.000 Euro, sagt **RD Jens Niermann (MLV)** in Reaktion auf die Frage des Abgeordneten Nettekoven. Dies gelte auch für Sportstätten. Der Fokus liege nun eben auf Freizeiteinrichtungen – beispielsweise ein Skatepark oder ein Soccerfeld –, die dem gesamten Ort zur Verfügung ständen, und nicht auf reinen Sportstätten.

Zuvor seien in dem Programm insgesamt 22 Millionen Euro, also rund 5,5 Millionen Euro jährlich, für Sportstätten aufgewendet worden. Durch die Zusammenführung der Strukturen bzw. die Kanalisierung des Sports würden keine großen Beträge für Einzelfälle verausgabt, sodass nun für die Förderung des ländlichen Raums, die auch viele andere Zielsetzungen umfasse, de facto mehr Geld zur Verfügung stehe, das an einzelne Maßnahmen – auch kleinere Maßnahmen des Sports – gehen könne. Er betrachte es daher nicht unbedingt als Kürzung.

Selbstverständlich befürworte die SPD das Programm „Moderne Sportstätte 2022“ und dass es dem Bericht zufolge nach einer Evaluation im Jahr 2024 weitergeführt werde, so **Kirsten Stich (SPD)**. Im Bericht stehe, dass bislang 185 Millionen Euro an die kreisangehörigen Kommunen gegangen seien. Offen bleibe die Verwendung der übrigen 115 Millionen Euro, ob die Mittel also an die Städte gegangen seien oder noch zur Verfügung ständen.

StS'in Andrea Milz (Staatskanzlei) stellt klar, nichts von den 300 Millionen Euro, die 2018 dem Fünffachen der Sportpauschale nach dem Gemeindefinanzierungsgesetz entsprochen hätten, bleibe übrig. Die Mittel seien den Gebietskörperschaften zugewiesen, aber nicht an die Kommunen, sondern an die jeweiligen Sportbünde gegeben worden, damit diese sie nach eigener Priorisierung verteilen.

Wenn die NRW.BANK seitens der Staatskanzlei die Förderbescheide für die Vereine erhalte, halte sie 20 % der bewilligten Summe zurück. Wenn ein Projekt günstiger ausfalle als angenommen, fließe die Differenzsumme von der NRW.BANK in die Kommunen, welche diese Restbeträge – oder auch vollständige Beträge bei Nichtzustandekommen eines Projekts – sammle und anhand von Priorisierungslisten neu entschieden.

Die Endabrechnung erfolge erst viel später, nachdem die Vereine fertig seien. Die im Bericht aufgeführte Summe beinhalte nur die endabgerechneten und bis zum letzten Euro belegten Dinge. Insgesamt sei zwar fast alles verausgabt, aber noch nicht verbaut und endabgerechnet.

Christof Rasche (FDP) fasst zusammen, zunächst habe es lediglich geheißen, es werde eine neue Förderrichtlinie für die zusammengelegten Programme erarbeitet. Im

Zuge dessen seien Sportvereine nicht mehr antragsberechtigt, Bürgervereine aber schon. Plötzlich ständen dann doch schon Einzelheiten dieser neuen Förderrichtlinie fest, beispielsweise die Begrenzung auf 250.000 Euro. Weiterhin gebe es offensichtlich einen großen Bedarf, und dann die Mittel zu reduzieren, halte er für absurd. Seines Erachtens müsste sichergestellt werden, dass bei einem zukünftigen Programm für den ländlichen Raum auch Sportvereine antragsberechtigt seien.

RD Jens Niermann (MLV) stellt klar, er habe nicht gesagt, dass Sportvereine keine Anträge stellen könnten. Sie könnten ausdrücklich ebenfalls Anträge für in der Richtlinie enthaltene Fördertatbestände stellen.

Tülay Durdu (SPD) zitiert aus dem Bericht:

„Die Landesregierung erkennt und fördert den Sport in den ländlichen Räumen als wichtigen Faktor zur Erhaltung der Lebensqualität und der kommunalen Daseinsvorsorge sowie als Motor der Ehrenamtsentwicklung, Integration und sozialen Teilhabe.“

Diese Aussage unterstütze sie uneingeschränkt, allerdings wisse sie nicht, ob es dazu bereits ein Konzept gebe. Sie bitte diesbezüglich um weitere Informationen.

StS'in Andrea Milz (Staatskanzlei) antwortet, der Bericht stamme zwar nicht aus ihrer Feder, sie könne aber sagen, dass mit „Moderne Sportstätte“ viel für den ländlichen Raum getan worden sei. Trotz der düsteren Wolken über den Haushalten wolle man, wenn möglich, mit einem Programm dieser Art nach der Evaluierung im Jahr 2024 weitermachen. Falls dies gelinge, werde es eine ähnliche Struktur im Mittelansatz geben wie jetzt, in der den jeweiligen Möglichkeiten und Bedarfen entsprechend Mittel verteilt würden. Dies böte auch für den ländlichen Raum viel Potenzial.

Tülay Durdu (SPD) dankt für die Einschätzung der Staatssekretärin, sie bitte aber um eine weitere Erläuterung, mit welchem Gedanken das genannte Zitat in den Bericht aufgenommen worden sei.

RD Jens Niermann (MLV) erklärt, die Förderstrategie für ländliche Räume richte sich an alle in den Dörfern und Regionen Aktiven, wozu als wesentlicher Faktor auch die Sportvereine zählten. Die Förderung komme also auch den Vereinen zugute, aber nicht in allen Fördertatbeständen wie zuvor, sondern dort, wo es der gesamten Dorfgemeinschaft dienlich und allen Vereinen zugänglich sei.

5 **Auszahlungsmodalitäten des Sondervermögens zur Bewältigung der Energiekrise im Sport** *(Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 4])*

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/942

Tülay Durdu (SPD) möchte wissen, ob eine Ausweitung der Bezuschussungen für die erhöhten Energiepreise und Nutzungsentgelte über den bisherigen Zeitraum vom 1. April 2022 bis zum 31. März 2023 hinaus auch bis zum Jahr 2024 geplant werde. Die Energiekrise sei noch nicht beendet.

Da es sich um ein Sondervermögen des Landes handle, müsse zunächst abgewartet werden, ob über den 31. März 2023 hinaus noch Mittel übrig blieben, so **StS'in Andrea Milz (Staatskanzlei)**. Dann müsse, ähnlich wie bei den Coronahilfen, über eine Neuaufgabe bzw. Weiterführung entschieden werden. Das müsse aber rechtlich genau geprüft werden. Auch der Landessportbund werde involviert, da die Prognosen auf dessen Berechnungen basierten. Eine klare Aussage könne sie erst nach dem Ende der Antragsfrist bis zum 31. Mai geben.

Hedwig Tarnier (GRÜNE) spricht dem Landessportbund ihren Dank aus. Er habe eine wirklich gute und alltagstaugliche Webseite für das Programm erstellt.

6 Sachstand Vorwürfe Kinderpornographie im Sportinternat Dormagen-Knechtsteden *(Bericht beantragt durch die Fraktion der SPD [s. Anlage 5])*

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/957

Dr. Nadja Büteführ (SPD) bemerkt einleitend, als Mitglied des Sportausschusses und des Ausschusses für Familie, Kinder und Jugend sowie als Vorsitzende der Kinderschutzkommission liege ihr das Thema ganz besonders am Herzen. Laut Bericht müssten Schulen seit 2022 ein Präventionskonzept gegen sexualisierte Gewalt implementieren, und Medienberichten zufolge existiere ein solches auch seit zwei Jahren am Norbert-Gymnasium in Knechtsteden. Der Schulleiter und Geschäftsführer des Sportinternats habe es als Schwerpunkt des schulischen Lebens bezeichnet. Dieses Konzept habe im vorliegenden Fall offenbar nicht gegriffen, sodass sie interessiere, inwiefern es auf etwaige Schwächen hin analysiert werde, sodass andere Akteure und Institutionen nachsteuern könnten.

StS'in Andrea Milz (Staatskanzlei) meint, sie könne nicht sagen, ob das Konzept nicht erfolgreich gewesen sei, denn jedes Konzept biete immer dann, wenn Menschen beteiligt seien, offene Flanken. Menschen ließen sich nie vollständig durchschauen. Niemand könne jemals behaupten, alles zu dem Thema zu wissen, und mit jedem Fall müssten Konzepte wieder aufleben und fortgeschrieben werden. Die Konzepte würden regelmäßig auf ihre Wirksamkeit überprüft.

Sie wisse, dass die Kinderschutzkommission sich speziell mit dem Thema „sexualisierte Gewalt im Sport“ befasse. Auch von den dort gewonnenen Erkenntnisse könnten sicherlich alle profitieren; sie flössen auch in die Arbeit in ihrem Verantwortungsbereich ein. In den Zielvereinbarungen mit dem Landessportbund nehme das Thema eine wichtige Rolle ein.

7 Zielvereinbarung 2023 bis 2027 (*Bericht auf Wunsch der Landesregierung*)

Vorlage 18/982

Stefan Klett (Landessportbund Nordrhein-Westfalen) führt aus:

Wir haben am 25. Februar eine sehr erfolgreiche Mitgliederversammlung des Landessportbundes durchgeführt, in der wir mit der Landesregierung die Zielvereinbarung unterzeichnen konnten. Für uns war das wirklich ein großer Erfolg in schwierigen Zeiten. Denn der Ukrainekrieg und die daraus folgende Energiekrise, die hohe Inflation, die anhaltenden Folgen von Corona und auch die hohen Flüchtlingszahlen fordern die öffentlichen Haushalte von der kommunalen bis zur Bundesebene ganz massiv und in historischer Weise. Das ist uns bewusst. Die zahlreichen Hilfspakete und Sondervermögen der öffentlichen Hand umfassen schwindelerregende Summen.

Umso mehr wissen wir zu schätzen, dass sich die Landesregierung in der Zielvereinbarung Sport zu einer verlässlichen Sportförderung für die Dauer einer ganzen Legislaturperiode bekennt. Das ist ein wichtiges Signal für den Vereinssport in NRW, der immer noch weit überwiegend ehrenamtlich geführt wird, und auch für die hauptamtlich tätigen Menschen in unseren Sportverbänden sowie den Stadt- und Kreissportbünden.

Die Zielvereinbarung gliedert sich in zehn Kapitel, die alle wesentlichen Felder der Sportentwicklung umfassen. Es beginnt mit den Sport- und Bewegungsangeboten für Kinder und Jugendliche, reicht über das Qualifizierungsangebot für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und endet mit der Festigung von NRW als Standort für bedeutende Sportinstitutionen und Sportveranstaltungen.

Grundsätzlich wird in der Vereinbarung zwischen Zielen unterschieden, die im Rahmen der Vereinbarung als finanziert gelten, und Zielen, die als wichtig erachtet werden, aber möglicherweise noch einer unterjährigen Ausstattung mit Ressourcen bedürfen.

Die Vereinbarung ist nicht so kleinteilig formuliert wie die vorherige. Dies ist nicht zuletzt den Erfahrungen aus den Coronajahren geschuldet. Da haben wir sehr detaillierte Ziele gehabt, die wir aber mehrfach anpassen mussten. Ein Zeitraum von fünf Jahren gilt auch im Unternehmertum durchaus als langfristig, also als Zeitspanne, in der man insbesondere Leitlinien und grundsätzliche Dinge plant. Deshalb wollten auch wir eher Leitlinien formulieren, anstatt uns in Details zu verlieren.

Die Transparenz der Darstellung der Arbeitsergebnisse bleibt selbstverständlich erhalten. Wir werden jährlich informieren und berichten; wenn Sie das möchten, gerne auch hier an dieser Stelle.

Ich würde gerne mit Blick auf die Inhalte drei Beispiele herausgreifen, die den Charakter der Zielvereinbarung verdeutlichen.

Nicht umsonst stellen Sport- und Bewegungsangebote für Kinder und Jugendliche das erste Kapitel der Vereinbarung dar. Hier herrscht trotz aller Anstrengungen in den vergangenen Jahren und trotz der sehr hohen Bindungskraft von Sportvereinen für Kinder und Jugendliche unverändert sehr hoher Handlungsbedarf. Dieser hat

sich durch die Coronajahre noch verstärkt. Nur eines von fünf Kindern erreicht in Deutschland noch die von der WHO empfohlene eine Bewegungsstunde pro Tag. Das sagt schon alles.

Deswegen wird in der Zielvereinbarung der klare Anspruch formuliert, dass Kinder und Jugendliche tägliche Bewegungsangebote erhalten sollen. Sportvereine allein werden das aber nicht erreichen können. Nur in einer ressortübergreifenden Anstrengung, die vorschulische, schulische und außerschulische Maßnahmen bündelt, werden wir uns diesem Ziel nähern können.

Daher sollen die in den vergangenen zehn Jahren entwickelten vielfältigen Kooperationen zwischen Kitas, Schulen und Sportorganisationen ausgebaut werden. Ein Fokus ist dabei auf die Entwicklungen rund um den für 2026 vorgesehenen Rechtsanspruch auf einen Ganztagsplatz im Grundschulbereich zu legen. Dass dafür aufseiten des Sports die etablierten Fachkraftsysteme als ein Baustein genutzt werden, ist klar. Sie werden ab diesem Jahr konsequent verstärkt.

Mein zweites Beispiel betrifft das Kapitel „Informellen Sport und Nichtvereinsmitglieder in die Sportförderung einbinden“. Hier möchte ich zunächst erwähnen, dass leider viel zu wenig bekannt ist, dass Sportvereine, -verbände und -bünde bereits seit vielen Jahren umfangreiche Angebote für Nichtvereinsmitglieder machen. Das betrifft zum Beispiel Angebote für Schülerinnen und Schüler, die an Schulsportgemeinschaften teilnehmen, ohne Vereinsmitglieder zu sein, es betrifft Menschen, die das Sportabzeichen bei Vereinen ablegen, ohne Vereinsmitglieder zu sein, und es betrifft auch Teilnehmerinnen und Teilnehmer von Sport-im-Park-Angeboten, die in NRW weit überwiegend von Sportvereinen oder Stadt- und Kreissportbünden durchgeführt werden.

Die Sportförderung des Landes für den organisierten Sport kommt somit auch heute schon nicht nur Vereinsmitgliedern zugute. Wenn mehr Menschen in Bewegung gebracht werden sollen – das betrifft nicht nur Kinder und Jugendliche –, dann müssen wir die diesbezüglichen Anstrengungen aber erhöhen. Ziel ist aus unserer Sicht auch eine Fortschreibung des Programms „Sportplatz Kommune“ und eine einfache Zugänglichkeit der Sportinfrastruktur für alle Menschen. Das muss in diesem Zusammenhang angestrebt werden.

Mein drittes Beispiel betrifft das neunte Kapitel der Vereinbarung, das sich um die Digitalisierung der Sportorganisationen dreht. Hier gilt es, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um durch Digitalisierung den Verwaltungsaufwand an der Vereinsbasis abzubauen und bessere Serviceleistungen von Sportverbänden und Sportbünden für die Vereinsbasis zu entwickeln. Wir haben bereits damit begonnen, das traditionelle Informations-, Beratungs- und Schulungssystem für die Vereinsführung, das sogenannte VIBSS, um Maßnahmen zur Entwicklung von digitaler Kompetenz in der Sportorganisationen zu erweitern. Das Anfang 2023 kurzfristig aufgelegte Landesprogramm zur Förderung von Investitionen in die digitale Infrastruktur der Sportvereine in NRW aus dem europäischen EFRE-Programm im Umfang von 30 Millionen Euro ist für diese Entwicklung ein ganz starker und – so würde ich sagen – historischer Impuls, für den wir sehr dankbar sind.

So weit zu meinen drei Beispielen. Es gilt nun selbstverständlich, diese Vereinbarung mit Leben zu füllen und auch die Fortschritte zu dokumentieren. Dafür stehen wir ein, wie wir es auch in der Vergangenheit getan haben.

Natürlich möchte ich zum Schluss auch darauf hinweisen, dass die Vereinbarung nicht all unsere Probleme löst. Eine Erhöhung und Dynamisierung der Förderung des Landessportbundes sowie seiner Verbände und Bünde ist bislang nicht vorgesehen. Auch uns laufen die Kosten davon. Mit Sorge blicken wir auf die laufenden Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst, an denen wir uns orientieren, und auch auf die anhaltend hohe Inflation. Zur Finanzierung unserer Aufgaben werden wir schon in diesem Jahr in erheblichem Umfang Rücklagen einsetzen müssen.

Unabdingbar ist aus unserer Sicht auch eine konsequente Fortführung der Sanierung der vereinseigenen Sportstätteninfrastruktur, auch im ländlichen Bereich. Das wird nur mithilfe des Landes möglich sein. Insofern bauen wir auf eine Fortsetzung des Förderprogramms „Moderne Sportstätte“.

Nicht zuletzt wissen diejenigen von Ihnen, die schon länger dabei sind, um die schwierige Situation von Trainerinnen und Trainern im Leistungssport, deren Bezahlung schlicht nicht ausreichend ist. Deswegen ist es sehr gut, dass auch dieser Punkt Eingang in die Zielvereinbarung gefunden hat, wenn auch in der Kategorie der Ziele, für die noch keine Finanzierung sichergestellt ist.

Lassen Sie mich zum Schluss unterstreichen, dass diese Zielvereinbarung aus unserer Sicht ein gutes und festes Fundament für die partnerschaftliche Zusammenarbeit von Landesregierung und Landesportbund ist. Insofern danken wir ausdrücklich dem Parlament, das die Finanzierung dieser Vereinbarung ermöglicht.

Einen abschließenden Dank möchte ich an Frau Staatssekretärin Milz äußern, die wirklich unermüdlich für die Interessen des Sports kämpft. Sie hat auch bei unserer Mitgliederversammlung – viele von Ihnen werden es mitbekommen haben – sehr klare Signale der Unterstützung gesendet. Dafür bedanken wir uns herzlich.

Wir bedanken uns auch bei Ihnen und hoffen sehr, dass Sie dem Sport gewogen bleiben und weiterhin gute Entscheidungen für den Sport in NRW treffen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von allen Fraktionen)

StS'in Andrea Milz (Staatskanzlei) weist darauf hin, dass der LSB eine Übersicht erstelle, in welcher sich die Fortschreibung der Zielvereinbarung und ihre Entwicklung in den vergangenen Jahren gut nachvollziehen lasse. Es werde deutlich, dass sich Schwerpunkte veränderten – mal aufgrund neuer Koalitionsvereinbarungen, mal aufgrund der gewonnen Erkenntnisse. Sie schätze die Zusammenarbeit und den guten und regelmäßigen Austausch mit dem LSB – fest verbunden an der Seite des Sports.

Kirsten Stich (SPD) geht davon aus, dass im Sportausschuss noch häufig über die Ziele diskutiert werde, wolle aber schon jetzt die Detailfrage formulieren, ob es Pläne für das in der Zielvereinbarung angekündigte Schwimmzentrum NRW gebe.

Christof Rasche (FDP) macht deutlich, als Vorsitzender eines Stadtsportverbandes messe er Kleinteiligkeit im Sinne von konkret benannten Zielen mit einer damit verbundenen Finanzierung großen Wert bei. Bei Leitlinien dränge sich immer der Verdacht auf, dass man sich nicht festlegen wolle, welche Mittel zur Verfügung gestellt werden sollten. Die vorherige Zielvereinbarung vor fünf Jahren habe weit mehr Fakten enthalten, wenn sie auch, wie er zugestehet, unter einfacheren Rahmenbedingungen entstanden sei.

Er wolle einige Aspekte ansprechen, bei denen seines Erachtens noch etwas fehle bzw. an denen es Lücken gebe.

Erstens fehle eine Dynamisierung der Mittel für den LSB.

Zweitens gebe es keine Angabe mehr zu den im Sportstättenfinanzierungsprogramm in Zusammenarbeit mit der NRW.BANK hinterlegten Mitteln. Zuletzt hätten diese 50 Millionen Euro betragen.

Drittens seien einige zentrale Vorhaben noch als geplante Vorhaben aufgeführt, bei denen es gelte, möglichst bald Vereinbarungen zu treffen. Dazu zählten das Programm „Moderne Sportstätte“, die Modernisierung der Schwimmbadinfrastruktur sowie die Übungsleiteroffensive.

Er setze sich für die Interessen des Sports insgesamt ein, und ihm viel liege daran, dass Jahr für Jahr wenigstens einige geplante Vorhaben zu vereinbarten Vorhaben würden.

StS'in Andrea Milz (Staatskanzlei) erläutert bezüglich der Frage nach dem Schwimmzentrum NRW, zunächst müsse das für diesen sehr ambitionierten Wunsch benötigte Geld bereitstehen. Im Anschluss daran werde nach einem geeigneten Standort gesucht.

Hinsichtlich der von Christof Rasche bemängelten Unbestimmtheit der Zielvereinbarung hält sie entgegen, dass der LSB sich darauf verlassen könne, dass er inklusive der zusätzlichen 4 Millionen Euro aus dem Glücksspiel nun jährlich rund 47 Millionen Euro erhalte. Eine Dynamisierung umfasse die Vereinbarung in der Tat nicht. Natürlich könne man sich immer mehr wünschen, sie weise aber darauf hin, dass die Zielvereinbarung das sei, worauf sich LSB und Landesregierung gemeinsam verständigt hätten. Der Landtag habe, wie schon im Fall der zusätzlichen 4 Millionen Euro geschehen, weiterhin die Möglichkeit, die dem Sport zugehenden Mittel aus dem Glücksspiel im Laufe der Legislaturperiode zu erhöhen.

Mit Bezug auf den Hinweis, dass einiges noch unter „geplant“ und nicht unter „vereinbart“ aufgeführt werde, gelte es, Finanzquellen aufzutun, damit die Vorhaben in geplante Vorhaben überführt werden könnten. Bei manchen werde dies gelingen, bei anderen möglicherweise aber auch nicht.

Die Darstellung diene dazu, anders als in der vorherigen Vereinbarung nachvollziehen zu können, welche Vorhaben tatsächlich bereits mit Geld hinterlegt seien und welche zwar von beiden Seiten gewünscht, aber noch nicht abschließend finanziert seien. Bei Letzteren bestehe die Hoffnung, bei erfolgreicher Finanzierung irgendwann Realisierungszeitpunkte angeben zu können.

Stefan Klett (Landessportbund Nordrhein-Westfalen) weist darauf hin, dass die Zielvereinbarung unter dem Eindruck zahlreicher Krisen erarbeitet worden sei. Der Fokus liege deshalb eher auf den großen gesellschaftlichen Themen wie dem Bewegungsmangel bei Kindern und Jugendlichen sowie sozialen, physischen und psychischen Problemen und nicht auf großer Kleinteiligkeit. Selbstverständlich würden die Ziele aber noch heruntergebrochen, damit sie sich operativ umsetzen ließen.

Dieses Vorgehen biete mehr Flexibilität. Zwar könnten Ziele auch konkreter formuliert werden, aber niemand wisse, ob es wirklich gelinge, beispielsweise 5 % mehr Übungsleiter zu gewinnen. Für ihn stehe im Vordergrund, insgesamt das Ehrenamt zu aktivieren und Übungsleiter zu fördern. Es gelte, zunächst einen Grundstock zu erreichen, um die schwierigen letzten Jahre aufzuarbeiten zu können.

Den Hinweis auf die Dynamisierung finde er mit Blick auf die sich möglicherweise weiterhin erhöhenden Gemeinkosten richtig. Als Destinatär werde der LSB dazu natürlich Gespräche führen. Er hoffe, dass es dem LSB und seinen Mitgliedsorganisationen gelingen werde, die Kosten, die sie selbst trügen, zu kompensieren. Dies könne er aber gut von der seiner Meinung nach sauber durchdeklinierten Zielvereinbarung trennen.

Jens-Peter Nettekoven (CDU) heißt gut, dass die Zielvereinbarung immer genau für den Zeitraum einer Legislaturperiode getroffen würden. Die letzten fünf Jahre hätten gezeigt, dass die Zusammenarbeit funktioniere, aber auch in der jetzigen Koalition sei viel Vertrauen vorhanden, und er könne sich gut vorstellen, dass es auch mit den jetzigen Protagonisten gelinge.

Bei einigen Punkten in der Zielvereinbarung hätte auch er sich gewünscht, dass sie bereits umgesetzt würden. Beispielsweise über den Trainertarif werde seit geraumer Zeit diskutiert. Immer wieder verliere man gute Trainer. Dieses Thema müsse weit oben auf der Agenda stehen.

Nichtsdestotrotz sei die Zielvereinbarung bundesweit ein absolutes Vorzeigeprojekt. Dem LSB würden in einer auf mehrere Jahre angelegten Vereinbarung jährlich 47 Millionen Euro garantiert, während der Bund noch über eine Sportagentur und ein Sportgesetz diskutiere.

Stefan Klett (Landessportbund Nordrhein-Westfalen) ergänzt, dass zu den 47 Millionen Euro auch noch die Übungsleitermittel und Schulsportgelder hinzukämen. Auf die 47 Millionen Euro habe man sich festgelegt, tatsächlich handle es sich aber um noch mehr Geld.

8 Verschiedenes

– keine Wortbeiträge

gez. Bernhard Hoppe-Biermeyer
Vorsitzender

5 Anlagen

28.07.2023/09.08.2023

**Freie
Demokraten**Landtagsfraktion
Nordrhein-Westfalen **FDP**

Christof Rasche MdL | Platz des Landtags 1 | 40221 Düsseldorf

An den Vorsitzenden
des Sportausschusses
Herrn Hoppe-Biermeyer, MdL
Im Hause

- per E-Mail -

Christof Rasche MdL

Mitglied des Landtags Nordrhein-Westfalen

Sprecher für Verkehr

Sprecher für Sport

Düsseldorf, 21. Februar 2023

Aktueller Stand Schwimmcontainer

Bitte um einen schriftlichen Bericht der Landesregierung zur Sitzung des Sportausschusses am 14. März 2023.

Sehr geehrter Herr Hoppe-Biermeyer,

die Landesregierung plant in jedem Regierungsbezirk einen Schwimmcontainer inklusive Umkleidekabine zu errichten. Weiterhin sollen für zwei Jahre ein Übungsleiter vom Land zur Verfügung gestellt sowie die Betriebskosten übernommen werden.

Kinder sollen in sogenannten Schwimmcontainern (9x4 Meter) das Schwimmen erlernen. Der Container soll sechs bis acht Kindern gleichzeitig Platz für die Schwimmbildung bieten.

Bis zum 15. Februar 2023 konnten die Kommunen in Nordrhein-Westfalen für die Vergabe der Schwimmcontainer eine offizielle Interessensbekundung abgeben.

Die Landesregierung wird um einen schriftlichen Bericht zum aktuellen Stand der Vergabe der Schwimmcontainer gebeten. Welche Kommunen haben ein Interesse bekundet, Schwimmcontainer bei sich aufstellen zu wollen? Wer haftet für die Schwimmcontainer? Was geschieht mit den Containern nach den zwei Jahren? Wie sieht es mit einer Folgefinanzierung aus? Wie soll die Schwimmbildung aller Kinder einer Klasse gewährleistet werden, wenn lediglich acht Kinder gleichzeitig diesen Container nutzen können?

Mit freundlichen Grüßen

Christof Rasche

FDP-Landtagsfraktion NRW
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

T: 0211 | 884 – 25 29

F: 0211 | 884 – 36 56

christof.rasche@landtag.nrw.de
www.christof-rasche.de



SPD-Fraktion im Landtag NRW, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf

Tülay Durdu MdL
Sportpolitische Sprecherin

Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

T 0211.884-26 22
tuelay.durdu@landtag.nrw.de

www.spd-fraktion-nrw.de

An
Herrn
Bernhard Hoppe-Biermeyer
Vorsitzender des Sportausschusses
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

1.3.2023

Anmeldung eines Tagesordnungspunktes für die Sitzung des Sportausschusses am 14.03.2023

Sehr geehrter Herr Hoppe-Biermeyer,

hiermit beantragt die SPD-Fraktion im Landtag NRW einen Tagesordnungspunkt für die Sitzung des Sportausschusses am 14.3.2023.

Tagesordnungspunkt: schriftlicher Bericht „Sachstand des Wiederaufbaus der Sportanlagen im Flutgebiet“

die Flutkatastrophe im Juli 2021 hat verheerende Schäden an Mensch und Infrastruktur hinterlassen. Sportplätze und Vereinsheime bilden hier keine Ausnahme. Bis heute sind viele Sportstätten noch nicht wieder bespielbar. Manche Sportvereine bangen um ihre Existenz, weil sie ihren Mitgliedern kein attraktives Spielangebot machen können.

Vor diesem Hintergrund bitten wir um einen schriftlichen Bericht zum Sachstand des Wiederaufbaus der Sportanlagen im Flutgebiet.

Wir bitten, insbesondere die folgenden Fragen zu berücksichtigen:

1. Ist der Landesregierung bekannt, wie viele Sportanlagen und Vereinsheime von der Flut betroffen waren? Wie viele Sportanlagen sind bis heute noch nicht wieder bespielbar? Wie viele Sportanlagen sind wieder instandgesetzt worden?
2. Sportstätten in kommunaler Hand werden über die kommunalen Wiederaufbaupläne gefördert: Wie viele Kommunen haben solche

#SozialerFortschritt
Für die Vielen,
nicht die Wenigen.



- Aufbaupläne bereits aufgestellt und bei wie vielen steht dies noch aus? Wie viele Anträge zur Instandsetzen kommunaler Sportstätten sind bisher eingegangen und bewilligt worden?
3. Wie viele Anträge auf Wiederaufbauhilfe wurden für Sportanlagen bis heute gestellt und bewilligt worden?

Mit freundlichen Grüßen

Tülay Durdu MdL



SPD-Fraktion im Landtag NRW, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf

Tülay Durdu MdL
Sportpolitische Sprecherin

Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

T 0211.884-26 22
tuelay.durdu@landtag.nrw.de

www.spd-fraktion-nrw.de

An
Herrn
Bernhard Hoppe-Biermeyer
Vorsitzender des Sportausschusses
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

1.3.2023

Anmeldung eines Tagesordnungspunktes für die Sitzung des Sportausschusses am 14.03.2023

Sehr geehrter Herr Hoppe-Biermeyer,

hiermit beantragt die SPD-Fraktion im Landtag NRW einen Tagesordnungspunkt für die Sitzung des Sportausschusses am 14.3.2023.

Tagesordnungspunkt: schriftlicher Bericht „Kürzungen im Bereich Sportstätten im ländlichen Raum“

Der Pressemitteilung des Städte- und Gemeindebundes vom 28.2.2023 ist zu entnehmen, dass die Landesregierung die Förderrichtlinie "Strukturentwicklung des ländlichen Raums" überarbeitet. Der Städte- und Gemeindebund NRW warnt diesbezüglich vor Kürzungen, die vor allem die Sanierung von Sportstätten des ländlichen Raumes betreffen. Bisher wurden hier Sportstätten in kleinen Gemeinden und Dörfern mit bis zu 500.000 Euro gefördert.

Vor diesem Hintergrund bitten wir um einen schriftlichen Bericht, der insbesondere die folgenden Aspekte behandelt:

1. Aus welchem Grund bzw. mit welchem Ziel wird die Förderrichtlinie überarbeitet?
2. Sind Kürzungen für die Förderung von Sportstätten im ländlichen Raum geplant? Und wenn ja, in welcher Höhe und warum?
3. Welche Strategie verfolgt die Landesregierung mit Blick auf die Förderung des Sportes und seiner Infrastruktur im ländlichen Raum?

#SozialerFortschritt
Für die Vielen,
nicht die Wenigen.



Mit freundlichen Grüßen

Tülay Durdu MdL



SPD-Fraktion im Landtag NRW, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf

Tülay Durdu MdL
Sportpolitische Sprecherin

Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

T 0211.884-26 22
tuelay.durdu@landtag.nrw.de

www.spd-fraktion-nrw.de

An
Herrn
Bernhard Hoppe-Biermeyer
Vorsitzender des Sportausschusses
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

1.3.2023

Anmeldung eines Tagesordnungspunktes für die Sitzung des Sportausschusses am 14.03.2023

Sehr geehrter Herr Hoppe-Biermeyer,

hiermit beantragt die SPD-Fraktion im Landtag NRW einen Tagesordnungspunkt für die Sitzung des Sportausschusses am 14.3.2023.

Tagesordnungspunkt: schriftlicher Bericht „Auszahlungsmodalitäten des Sondervermögens zur Bewältigung der Energiekrise im Sport“

Nach der Verabschiedung des Sondervermögens zur Bewältigung der Krisensituation in Folge des russischen Angriffskrieges in der Ukraine und der dabei vorgesehenen Hilfen sind immer noch zahlreiche Details zur Auszahlung offen. Wir bitten mit Blick auf die für die erste Auszahlungstranche des Sondervermögens vorgesehenen Hilfen mit sportpolitischem Bezug um die Beantwortung folgender Fragen:

- Welche Hilfsmaßnahmen mit sportpolitischem Bezug sind in welcher Höhe vorgesehen?
- Nach welchem Verfahren sollen die Mittel der jeweiligen Hilfsmaßnahmen bereitgestellt bzw. ausgezahlt werden?
- Wird es ein Antragsverfahren geben?
- Auf welcher Grundlage erfolgt die Auszahlung ohne Antragsverfahren?
- Werden oder wurden hierzu bereits Richtlinien erlassen? Und wenn ja, wann wurden oder werden diese Richtlinien erlassen?
- Welche Mittel sind bisher haushälterisch abgeflossen?
- Wann wurden/werden jeweilige Ausschreibungen getätigt?

#SozialerFortschritt
Für die Vielen,
nicht die Wenigen.



- Welche Mittel sind bei vorgesehenen Empfängern (z.B. Vereine) außerhalb der Landesregierung angekommen ?

Mit freundlichen Grüßen

Tülay Durdu MdL



SPD-Fraktion im Landtag NRW, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf

Tülay Durdu MdL
Sportpolitische Sprecherin

Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

T 0211.884-26 22
tuelay.durdu@landtag.nrw.de

www.spd-fraktion-nrw.de

An
Herrn
Bernhard Hoppe-Biermeyer
Vorsitzender des Sportausschusses
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

3.3.2023

Anmeldung eines Tagesordnungspunktes für die Sitzung des Sportausschusses am 14.03.2023

Sehr geehrter Herr Hoppe-Biermeyer,

hiermit beantragt die SPD-Fraktion im Landtag NRW einen Tagesordnungspunkt für die Sitzung des Sportausschusses am 14.3.2023.

Tagesordnungspunkt: schriftlicher Bericht „Sachstand Vorwürfe Kinderpornographie im Sportinternat Dormagen-Knechtsteden“

Laut Berichterstattung vom 1.2.2023 wurden die Büroräume des damaligen Leiters des Sportinternats Dormagen-Knechtsteden nach einem Hinweis der Zentral- und Ansprechstelle Cybercrime NRW wegen des Verdachts auf den Besitz kinderpornographischen Materials am 31.1.2023 durchsucht (siehe: <https://www1.wdr.de/nachrichten/rheinland/grevenbroich-kinderpornografie-verdacht-internat-100.html>).

Das Sportinternat Dormagen-Knechtsteden ist an das dortige Norbert-Gymnasium angegliedert und wurde 2008 eröffnet. Seit 2014 ist die Schule in das Netzwerk der NRW-Sportschulen eingebunden (siehe: <https://www.schulsport-nrw.de/schule-und-sportverein/verbundsystem-und-schule.html>).

Vor diesem Hintergrund bitten wir um einen schriftlichen Bericht verbunden mit der Bitte, folgende Aspekte zu berücksichtigen:

1. Wie ist der Stand der Ermittlungen? Welche Rolle kam dabei der Zentral- und Ansprechstelle Cybercrime NRW zu?

#SozialerFortschritt
Für die Vielen,
nicht die Wenigen.



2. Inwieweit sind die Schülerinnen und Schüler des Internats von den Vorgängen betroffen? Gibt es Angebote zur psychologischen Betreuung?
3. Welche Konsequenzen sollen aus dem Vorfall gezogen werden?

Mit freundlichen Grüßen

Tülay Durdu MdL